

Absender:

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

15-01181
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Änderungsantrag zu 15-01175 Unterbringung von Flüchtlingen in Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.11.2015

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

17.11.2015

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat bittet die Verwaltung,

1. Auch gegenüber der Landesregierung zu erklären, dass die Stadt Braunschweig zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen bereit ist, Flüchtlinge in der Stadt Braunschweig willkommen sind und die Stadt Braunschweig alles unternehmen wird um die Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft zu integrieren.

~~1. 2.~~ im Dialog mit dem Land Niedersachsen darauf hinzuwirken, dass beim einem neuen Modell für die Anrechnung von Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften auf die Verteilquoten nach dem Aufnahmegesetz **die der Stadt Braunschweig nicht übermäßig belastet wird eine Anzahl von Flüchtlingen zugewiesen wird die vergleichbar mit anderen Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen ist** und die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge genau beziffert wird. ~~und ein vertragliches Maß nicht überschreitet;~~

~~2. 3.~~ bei der Ratsvorlage zur Entscheidung über die geplanten Standorte und die Flüchtlingsorganisation die Infrastruktur und die sozialen Indikatoren der jeweiligen Stadtteile zu berücksichtigen;

~~3. 4.~~ Stadtteile mit bereits vorhandenen großen Herausforderungen im Bereich der Integration **und der sozialen Situation** als Standorte auszusparen;

~~4. 5.~~ das Verfahren der Standortsuche transparent zu gestalten, den Rat und die Bezirksräte miteinzubeziehen und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über mögliche Unterkünfte in ihrem Stadtbezirk zu informieren

Sachverhalt:

Anlagen: